

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Samstag abend  
Samstag und ist durch die  
Expedition, Kere Graupenstr. 5/8,  
durch die Post und  
durch Colporteur zu beziehen.  
Preis vierzehnöchtl. Mf. 2.50,-  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungslinie Nr. 7789.

Abonnementgebühr  
Verträge für die ständige  
Verteilung oder deren Raum  
20 Pfennige für Vereine und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Anträge für die nächste Nummer  
müssen bis Samstag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon

Str. 451. Organ für die werkähnige Bevölkerung.

Telephon  
Str. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 80.

10. Jahrgang.

Donnerstag, den 6. April 1899.

## Politische Übersicht.

### Die Lebenshaltung der Arbeiter.

Wie oft auch von den parlamentarischen und journalistischen Vertretern der herrschenden Klassen behauptet wird, die Arbeitslöhne seien wieder gestiegen, so sieht doch fest, daß die Arbeiter von einer allgemeinen Lohnsteigerung nichts bemerkt haben. In vereinzelten Fällen mögen Steigerungen vorgenommen sein; in sehr zahlreichen Fällen sind die Löhne gesunken und sehr häufig sind sie sich gleich, das heißt gleich unzureichend geblieben. Wenn überhaupt alle von den herrschenden Klassen behaupteten Lohnsteigerungen wahr wären, dann hätten sich die Löhne in einer ungezählten rapiden Steigerung befinden und müßten eine in der Geschichte der sozialistischen Entwicklung unerhörte Höhe erreicht haben. Dagegen betrachte man die von den Arbeitern und von einzelnen Gelehrtenkreisen aufgestellten Arbeiter-Haushaltungsbudgets, deren Wichtigkeit man immer von neuem betonen will, weil sie alle erlogenen Einwendungen von anderer Seite platt niedergeschlagen. Aus ihnen geht mit unantastbarer Sicherheit hervor, daß die Arbeiter-Haushalte sehr häufig auch bei strengster Sparhaftigkeit und Enthalzung von allen Vergnügungen mit einem Defizit enden, für das keine Deckung beschafft werden kann, weil eben die Löhne durchaus zu niedrig sind.

In diesen Haushaltungsbudgets tritt das Missverhältnis zwischen Arbeitslöhnen und Lebensmittelpreisen am größten zu Tage. Es erscheint aber noch schlimmer, wenn man die Statistik der Lebensmittelpreise für 1898 heranzieht. Die „Statistische Korrespondenz“ hat ganz genau berechnet, daß die Preise fast aller nothwendigen Lebensmittel sich erhöht haben; nur bei Brot, Speiseböhnen und außerdem bei Heu und Stroh sind die Preise etwas zurückgegangen.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste sind im Preis gestiegen, manchmal sehr bedeutend, so der Roggen um 19 Mf.; der Weizen ist an einzelnen Orten sogar um 30 und 31 Mf. in die Höhe gegangen. Das trifft besonders den Arbeiter hart, denn wenn er sich nicht ganz auf ein nicht mehr menschenwürdiges Niveau hinabdrängen lassen will, so muß er ein gewöhnliches Quantum Brot alljährlich beschaffen. Immer mehr verdrängt die Kartoffel das Brot und man weiß, welche Rolle die selbe in den Arbeiterfamilien spielt; es gibt leider Tausende und Abertausende von solchen, die bei schärfster Unspannung aller Kräfte und bei stärkster Abnutzung von Knochen und Muskeln sich doch zu den meisten Mahlzeiten nur Kaffee und gezwietete Kartoffeln zu gönnen im Stande sind. Man mag sich ein Bild machen, was es für Familien bedeutet, daß der Preis der Speisekartoffeln im Jahre 1898 auf 53,2 Mark stieg gegen 49,5 Mf. im Vorjahr. Dem Lebhabigen Bürger, der die Kartoffeln nur als angenehme Zuthat zu Fleisch und Gemüse ist, mag solch eine Steigerung gering vorkommen; für den Arbeiter kann bei dem starken Kartoffelverbrauch eine solche Preiststeigerung gradezu zu einer Lebensfrage werden. Und man bedenke, was sie für die vielen Proletarier bedeutet, die im Winter arbeitslos werden und im Sommer zu wenig verdienen haben, um sich einen Notgroschen für den Winter zurückzulegen zu können.

Unter diesen Umständen muß es als eine Frivolität — um nicht mehr zu sagen — bezeichnet werden, wenn gewisse Verfechter der kapitalistischen Interessen immer und immer wieder davon reden, daß nur ein gewisser Übermut und

„Terrorismus“ die Arbeiter dazu bewegen, sich über ihre schlechte wirtschaftliche Lage zu beschweren. Wenn die Ironie der Geschichte es einmal bewirken könnte, daß gewisse Leute, die an einem Tage das Flut- und Sechsfache verbrauchen, was eine Arbeiterfamilie in der Woche — daß diese Leute einmal mit einem Wochenlohn von 12 Mf., 13 Mf. und 15 Mf. eine Familie ernähren sollten, dann würden sie nicht nur über die hohen Kartoffelpreise sich beschweren, sie würden auch allen möglichen „Terrorismus“ anwenden, um sich höhere Löhne zu erzwingen, und sie könnten gar nicht begreifen, wie die Arbeiter unter den obwaltenden Verhältnissen in ihren Ansprüchen so bescheiden sein könnten.

Der Fleischkonsum spielt in Deutschland bei der großen Volksmasse bekanntlich nicht die Rolle, die ihm zufallen möchte, wenn die Ernährungsweise geeignet sein sollte, den Verbrauch von Knochen und Muskeln, der eine intensive Arbeit erfordert, wieder vollkommen zu ersetzen. Und gearbeitet wird in den meisten Branchen sehr intensiv; das bringt schon die Konkurrenz mit sich. Es gibt tatsächlich viele, viele Familien in Deutschland, bei denen das ganze Jahr hindurch kein Fleisch auf den Tisch kommt; noch mehr Familien sind vorhanden, bei deren Mahlzeiten Fleisch eine große Seltenheit ist, und dann kann man sich auch einen Begriff von der Qualität machen. Und doch sind im Jahre 1898 die Fleischpreise fast durchweg gestiegen, so daß man schon ohne die strenge Grenze von außergewöhnlichen Preisen hätte sprechen können. Schweinefleisch, Kalbfleisch und Hammelfleisch, sowie Speck sind im Preis gestiegen, was die Agrarier auch sagen mögen. Die Preise sind schon zu oft angegeben worden, als daß wir es noch nötig hätten, sie zu wiederholen. Auch das Schmalz ist im Preis gestiegen.

Es gab einmal einen „wohlwollenden“ Prinzen in Deutschland zur Zeit, als das Kalbfleisch noch billig war. Als man dem Prinzen einmal vortrug, daß es so viel arme Leute in Deutschland gebe, meinte er gütig: „Aber die Leute können ja leicht zu Wohlstand gelangen, wenn sie nur immer Kalbfleisch essen!“ — Er meinte natürlich, daß der niedrige Preis dieser Speise es den Leuten ermöglichen würde, sich etwas zurückzulegen. Heute wird nicht leicht mehremand auf solch artige Späßchen verfallen. Häufigstens, daß einmal ein liebenswürdiger „Sozialpolitischer“ Konservativer Obserant sagen könnte: Wenn die Arbeiter doch keines oder nur wenig Fleisch essen, dann schadet es auch nichts, wenn das Schweinefleisch in Preisen 7—12 Pfennige teurer geworden ist!

Aber das Mehl ist auch teurer geworden und die Kartoffeln auch! Es gibt keine Wirtschaftsmittel, die nicht im Preis gestiegen sind. Der Arbeiter mag sich ernähren mit was er will, er wird sowieso auf die Preiststeigerung stoßen, sei es nun bei schlechtem Brot oder bei schlechter Wurst.

Die Herren Agrarier bleiben natürlich ganz gelassen gegenüber den statistischen Nachweisen; nach ihrer Weltanschauung fühlen sie sich ja dazu bestimmt, von den Erträgenschaften des Bodens und der menschlichen Arbeit den Rahmen abzuschöpfen und es ist schon sehr gnädig, wenn sie den industriellen Kapitalisten auch etwas von diesem Rahmen gönnen.

Das Missverhältnis von Arbeitslöhnen und Preisen beleuchtet grell die unermessliche Tiefe unseres Volkselends. Denn die moderne bürgerliche Gesellschaft mit ihrem fiebhaftesten Treiben, mit ihrem Hafsen nach Gewinn und Gold, mit ihrer Jagd nach neuen Absatzgebieten, mit ihrer rasenden Konkurrenz und ihrer Überproduktion spannt den Menschen

auf's Neueste an und nutzt ihn ganz aus. Wenn dazu eine schlechte Ernährung kommt, so muß ein Volk bald in physischen Verfall gerathen; das ist ganz unausbleiblich.

Wir können wohl kaum in den Verdacht kommen, daß uns die Zustände in Nordamerika besonders gefallen, und wir haben die Schattenseiten der Union oft genug geschildert. Wenn aber so oft gerührt wird, daß man in Nordamerika am meisten intensiv arbeite, noch mehr als bei uns, und daß die Arbeiter sich dabei relativ besser befinden, so hat das seinen bestimmten Grund. Denn in den Verein Staaten können die Lebensmittelpreise nicht so beliebig gestiegt werden, wie bei uns, und dem Arbeiter ist darum auch bei mittleren Löhnen eine bessere Ernährung möglich.

Bei uns dagegen wird nicht nur die Arbeitskraft des Proletariats in Stadt und Land auf's Neueste ausgenutzt, wie darüber in Nordamerika, sondern es kommt das Agrariatrum und nimmt dem Proletarier noch eine besondere Steuer in Gestalt von hohen Lebensmittelpreisen ab. Dazu steigern sich die Staatsauflagen. Solche Verhältnisse können auf die Dauer nicht bestehen, sie führen eine Auflösung des Alten ganz von selbst herbei.

Wir wissen wohl, daß mit billigen Lebensmitteln allein nichts gehan ist, sie verschärfen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und drücken schließlich den Preis der Arbeit herab, wie dies auch in Nordamerika schon zu bemerken gewesen. Trotzdem bleibt doch die Ernährungsweise eine bessere als bei uns.

Aber die dauernde Steigerung der Lebensmittelpreise trifft den Arbeiter mit verdoppelter Wucht. Höhere Löhne und niedrigere Lebensmittelpreise! muß die Parole lauten, wenn unser Volk vor physischem Niedergang bewahrt bleiben soll.

### Zum „Kampf gegen den Umsturz“.

Die „Umsturzbefämpfung“ soll nunmehr den Schriftmachern als Hebel zum Umsturz der letzten politischen Rechte des deutschen Volkes dienen, nachdem die Benutzung militärischer Streitkräfte zu diesem Zwecke sich als nicht recht brauchbar erwiesen hat. Berliner reaktionäre Organe versichern heute:

„Man rechnet nicht darauf, daß die angestandige Freiheit in dieser Sessession noch zum Abschluß gelangen wird, man will sich damit begnügen, sie dem Reichstage und der öffentlichen Meinung zu unterbreiten, wird jedoch in den nächsten Tagen auf ihre Annahme bestehen und eventuell, wenn die Vorlage abgelehnt werden sollte, durch Aufklarung des Reichstags mit der Wahlparole: Auf zum Kampf gegen den Umsturz an das deutsche Volk appellieren. Das ist die gegenwärtig in Regierungskreisen herrschende Ansicht. Bis zum nächsten Winter ist freilich noch eine grauame Zeit, und ob die Anschauungen sich bis dahin nicht noch ändern, ist freilich eine andere Frage. Man hat seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck in dieser Beziehung ja mancherlei erlebt.“

Nun, wir werden ja sehen! Was ist diese Wahlparole durchaus erwünscht. Sie wird der Reaktion eine furchterliche Niederlage sichern!

### Konservative gegen Ausnahmegesetz.

Der Wahlversammlung der bayerischen Konservativen hielten am Dienstag in Nürnberg seine General-Versammlung ab. Die Mehrzahl der Redner verneinte den „Franz. Btg.“ infolge die Zweckmäßigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie und erklärte sich auch entschieden gegen den Erlass eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen. Es

den Baderzimmern, die Läden, und kletterte in den ersten Stock hinauf, ohne Timpe zu finden.

Draußen auf der Straße, unter dem unendlichen Himmel des unfeindlichen Februarages, staute sich die Menge der Neugierigen immer mehr und mehr. Das Stimmengemirr hörte sich an wie das dumpfe Murmeln einer empörten Volksmasse. Man hatte kaum gehört, daß der Gerichtsvorsitzender im Spiele sei, der einen Menschen aus seinem Heim vertreiben wollte, als die allgemeine Stimmung zu Gunsten Timpe's umschlug. Er war über Nacht ein „braver Kerl“ geworden. Drohungen wurden laut, man versuchte die Arbeiter zu bewegen, mit ihren Wagen davon zu fahren; die Menge prasselte und johlte und drängte mit Gewalt gegen das Haus.

Im Innern desselben hatte man die größte Mühe, zu dem nächstfolgenden Raum sich Zutritt zu verschaffen. Hinter jeder Thür tauchte eine doppelte Barricade auf, große Stufen waren auf Tische gestellt und auf diese Stühle und schwere Möbelstücke. Bei jedem erneuerten Eindringen licht der Altgeselle seinen Ruf erschallen:

„Meister, wo stecken Sie denn? Kommen Sie doch hervor!“

Noch waren die Thüren zur Werkstatt geschlossen; lange Eisenläden schienen hinter ihnen zu liegen. Man stieß dann die Hoftür ein, riß die Läden von den Beschlägen und blieb hinein. Plötzlich drang aus einem Haufen Holzspäne eine helle Flamme hervor und dunkler Qualm wälzte sich durch die eingeschlagenen Scheiben. Von der Werkstatt aus schrie eine Falltür zum Keller hinab. Man hörte deutlich die hochschiebende Klappe seher. Nun durchdrückte den Altgeselle ein Gebanke.

„Er ist im Keller!“ rief er laut, und dieser Worten folgten wieder die alten Klageäste: „Meister, Meister, antworten Sie doch!“

(Schluß folgt.)

### Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kretz.

(Rudolf von Boetticher)

Als Meister Timpe die Kraft zu verlassen drohte, griff er zum Schnaps und versuchte sich Beutl für die letzte That seines Lebens zu geben. Als er Alles genügend verbarrtadiert glaubte, ging er durch die noch offene Hoftür zum Gartchen hinaus und schritt von hier aus mit der Lampe in der Hand den Keller hinunter. Er hatte vor Jahren dem Gewölbe ein wohliges Aussehen gegeben, als er auf die Idee gekommen war, es zur Schlafstube für die Lehrlinge zu verändern. Es war ein weißgetünchter Raum, der sein Licht durch ein einziges großes Fenster vom Garten her erhält. Mit Anstrengung schleppte er Betten, Tisch und Stühle und die helbe Einrichtung einer Küche herunter. Er beachtete die Kälte der Nacht nicht, nahm keine Rücksicht auf das Wahnsinnige seines Thuns, nur der eine Gedanke begeisterte ihn, sein Werk zu vollbringen, ehe der Tag zu grauen anfing.

Es war nahe an sechs Uhr, als er inschätzte. Noch einen Blick wollte er auf die Straße werfen, bevor er sich in sein freiwilliges Gefängnis vergab. Er stieg zur Giebelstube hinauf und öffnete das Fenster. Eisige Luft schlug ihm entgegen und kühlte sein erhitztes Gesicht. An diesem Februarabend bedeckte leichter Nebelstof die Erde und tauchte das Licht der Laternen in große Wolken von Dunst. Die Straße hatte sich bereits belebt. Ja langen Augen schritten die Arbeiter der Urban'schen Fabrik zu, eilig und schweigam wie dicke Gestalten der Nacht.

Während der Meister hinaufblickte, wurde er ruhiger. Hatte er eigentlich durch seinen Widerstand? Wäre es nicht besser, mit der Vergangenheit zu brechen und den

ihm: unterzugehen in dieser schwarzen Menge, die schon so viele Handwerksmeister vor ihm verschlungen hatte. Plötzlich zog er den Kopf zurück. Im Lichte der Laterne sah er Meister Hütting daherschreiten, dürr und durchsichtig wie ein Gespenst. O, er konnte sich noch ganz gut der Zeit entzinnen, da dieser brave Mann hinter dem Schaukasten seines Verkaufsgewölbes einzig die Kunden bediente. Vom Laden aus konnte man direkt in die Werkstatt blicken, wo Drehbank neben Drehbank stand. Und jetzt ... ein Proletarier, der im Schweiße seines Angesichts für Weib und Kinder sorgte!

Johannes durchschauerte es. Wenn er dasselbe thäte? Aber nein, nein, er würde es nicht erleben! Noch einen langen Blick warf er die Straße entlang, dann schloß er das Fenster ...

\* \* \*

„Heda, Meister, machen Sie doch auf. Wo stecken Sie denn?“

Es war Thomas Beyer, der diese Worte laut im Flur erschallten ließ. Er war im Begriff, Timpes Haus zu passieren, als er große Wagen vor der Thür halten sah und eine Anzahl Arbeiter bewerkten, die, geführt von einem Hause, vergeblich Einlaß begehrten. Die ganze Straße war schwärz von Menschen. Trotz der unangenehmen Witterung waren die Fenster der Nachbarhäuser geöffnet, und die Köpfe beugten sich weit hinaus. Der Altgeselle wurde von einer unerklärlichen Angst besessen. Irgend etwas Entsetzliches schwante ihm vor. Er kannte Timpe sehr genau, hatte er dann gemeint, man müsse mit aller Vorsicht vorgehen, sonst gäbe es ein Unglück. Endlich wurde ein Schlosser geholt. Nach kurzen Auseinandersetzungen hatte man dann die Barricade weggeschafft und blickte nach dem Flur. Nun ließ der Altgeselle seinen Ruf erklingen, aber es erfolgte keine Antwort. Man öffnete auch die Sindringe zu

wurde eine Eingabe gegen das Fleischschaugetz an den Reichstag beschlossen.

Das Häuslein der bayerischen Konservativen ist freilich nur sehr klein und ohne jeden politischen Einfluss auf die konservative Parteipolitik.

### Zur Tragikomödie des Friedhofsportals.

In Sachen des Friedhofsportals im Friedrichshain (März) gefallene) hat der „Volkszeitung“ zu folge Oberpräsident v. Achenbach sich dahin entschieden, daß die vom Polizeipräsidium erlassene Verfügung vom 15. Februar d. J., durch die dem Hoffmann'schen Portalentwurf die Bauerlaubnis verlost wird, eine oris (und keine Landes-)polizeiliche sei. Der Berliner Magistrat hatte gegen jene Polizeiverfügung die Klage beim Bezirksausschuss und die Beschwerde beim Oberpräsidenten der Provinz eingelegt, weil damals der Charakter der Verfügung noch nicht feststand. Der Oberpräsident hat nun anerkannt, daß die Vereinbarung zwischen Magistrat und Polizeipräsidium, wonach nur solche Verfügungen der letzteren Behörde als landespolizeiliche angesehen werden sollen, die angedeutlich als solche bezeichnet worden sind, für das Polizeipräsidium noch heute rechtsverbindliche Kraft hat. Damit hat sich der Oberpräsident zugleich für zuständig in der Beschwerdeinstanz erklärt, und dem Magistrat bleibt gegen den ablehnenden Bescheid des Herrn v. Achenbach nur eine richterliche Instanz übrig, nämlich das Ober-Verwaltungsgericht.

### Gegen die polnischen Industriearbeiter.

Neben die Beleidigung russisch-polnischer und polnischer Arbeiter hat der Regierungspräsident in Schlesien noch den „Post“ neue Bestimmungen erlassen. Die Beschäftigung polnischer Arbeiter in industriellen Betrieben, sofern letztere nicht zu den landwirtschaftlichen Arbeitbetrieben gehören, ist gänzlich untersagt. Die ausländischen Polen haben trotzdem am 1. Dezember dieses Jahres das Land zu verlassen.

Dies Verhalten steht in Widerstech zu der jetzt oben doch sehr beliebten Politik, möglicherweise viel ausländische Arbeiter ins Land zu bringen und damit direkt wie indirekt der „Unterdrück“ der Arbeiter ein Ende zu machen.

### „Unsere“ Polenpolitik.

Als eine „neue Röte von Chikanen“ gegen Polen bezeichnet der „Pion. Post“, die Verherrlichungen gegen einen Mädel, einen Töchter und einen Heiligen in der westpreußischen Kreisstadt Schwetz, wonach sie die polnischen Aufschriften auf ihren Gedächtnisstafeln vor der „linken“ auf die „rechte Seite“ zu übertragen haben; die Linke, also die „Chikanie“ des Schildes muß für die deutsche, reizt landesproduktive Aufschrift reizend bleiben. Diese Veränderung soll innerhalb sechs Wochen bewerkstellt werden, wodurch jahrs eine Geldstrafe von 60 Mark fällt. „Zuge hat verhängt werden wird.“

### Die Vereinigung der Antisemiten.

Die 7 oder 8 antisemitischen Gruppen, die gegenwärtig in Deutschland bestehen, sollen unter einer Dach gebracht werden. Es ist nämlich die Gründung eines Allgemeinen Antisemiten-Bundes für ganz Deutschland in Aussicht gerichtet. Der zu diesem Zweck erlassene Entwurf stellt folgende Forderungen auf: 1. Auflösung aller bisher bestehenden Reformvereine aber sorg für sich bestehenden antisemitischen Organisationen und Gründung sämtlicher Gefürdungsgesellschaften in den neu gründenden Bund; 2. Führung der Bundesgeschäfte durch eine allgemeine Zentralleitung nach dem Muster des Bundes der Landesverbände, welche ausschließlich die Verfügung über die Beiträge der Bundesmitglieder hat; 3. Anstellung von Parteidirektoren in den Hauptorten der Provinzen, welche die Geschäftsführung, Agitation u. s. w. übertragen wird; 4. Durchführung eines umfassenden, organisch gegliederten Beraternamännergrundsatzes. Hinter wird das den guten Leuten auch nicht mehr, denn die „gute Zeit“ unserer Judenfreier ist für Deutschland endgültig vorüber.

**Zu der Frage der Warenhausbesitzer** haben ebenso wie die Handelskammern zu Berlin auch die Handelskammern Sachsen, Niedersch., Sachsen, Dresd. und Bozen die Bewertung des vom Handelsminister zur Begutachtung vorgelegten Entwurfes eines Kaufhaus-Steuergrundsatzes und eine allgemeine Reform der Gewerbezölle vorgezeichnet.

**Die Gefangenen gegen Hause zu verüben,** ist eine jemal eingetragene Forderung. Sie ist nun der Zeitspanne durch eine allgemeine Erfüllung ergriffen, bei der Gefangen, die während der Zeit eines Vierteljahrhunderts über den Haftgefangenen keinerlei Gefangen- und Strafmaßnahmen unterworfen waren. Diese Unterstellungen werden aber dann Strafmaßnahmen nach ihrem Gewichte bestimmt und ein Antritt zur Entlastung der Haftverhältnisse bei den Gefangenen etc. Ihren Angehörigen nicht zu. Da es völlig erfordert, daß die Betriebsunternehmer, in deren Interesse Gefangene bestraft werden und da diese Maßnahmen die mit den Zwischenabstandern Gefangen abnehmen, zur Erhaltung der unternehmenden Gesellschaften herangezogen, so bei der Aufzählmethode in Übereinkommung mit dem Kaiser, daß bei den Betrieben des Staates unternehmenden Einzelhandels bestellt, angeordnet, daß das Unternehmen, die Gefangene bei geschafften Gefangen bestrafen, bei den Betriebsabteilungen u. s. w. die Forderung erfüllt wird, einen Betrag von einem halben Prozent für den Staat und jetzt und zur angekündigten Arbeitszeit der von ihnen bestraften Gefangenen zu entrichten.

Das bedeutet aber einen kleinen Beträchtlichen, was aber noch als eine ganz unangängige Maßnahme bezeichnet werden. Es kann nicht in den Gewinn des Betriebes geworfen sein, Unterstellungen zu tun. Die harten Gefangen und die Eigentümern der Gefangenen sind genau auf, daß sie nichts zu den Gefangen haben, die sie sonst auf für die freien Arbeit zu haben haben.

### Ausland.

#### Zur Überfahrtsskandale.

Während der Krieg keine Entlastung erhalten. Zum Petersburger Radfahrer steht eine wichtige Mitteilung an den Soldaten in dem Sinne, daß er eine Entlastung zur Befriedung der

Abschlusskonferenz nicht erhalten könne, unmittelbar bevor Diese Eröffnung wird mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß zur Beileitung an dieser Konferenz nur Regierungen von Staaten, die stehende Heere erhalten, eingeladen werden sollen.

### Hatte Lucken Komplizen?

Es werden neuerdings Mitteilungen laut, nach denen ein ehemaliger Unteroffizier der Kavallerie, Namens Stefan Bednar, der sich dieser Tage das Leben zu nehmen versucht, daran aber gehindert worden war, gestanden hat, ein Freund Lucken gewesen zu sein; auch er habe von einem „Anarchisten-Club“ den Auftrag erhalten, irgend einen (gleichgültig welchen) europäischen Souverän ums Leben zu bringen. Die Geschichte klingt sehr unwahrscheinlich. Wenn sie nicht von Anfang bis zu Ende von Sensationsjournalisten erlogen ist, so wird der gute Bednar, der übrigens auch wegen Unterstüzung von Staatsgeldern verfolgt wird, wohl nur das Bedürfnis gehabt haben, seinen Gauner einen „politischen“ Nimbus zu geben und sich dadurch interessant zu machen. Man kennt das...

### Zu den „Figaro“-Veröffentlichungen.

Der Direktor des „Figaro“ ist für nächsten Sonnabend vor das Pariser Schutze richtet geladen, um sich wegen Veröffentlichung der Verhöre der Kriminalkammer zu verantworten.

In Paris will man wissen, daß die Indiscretions, welche dem „Figaro“ gestattete, die Verhandlungen zu vereinfachen, von einem Mitglied des Cabinets Dupuy herriührt. Dupuy selbst soll nämlich bezeugt haben, dem „Petit Journal“ die Veröffentlichung von Straßstück zu gestatten, um auf diese Weise gegen die Dreyfusianer gewonnen zu sein. Um diesem Plan vorzubringen, habe nun ein anderes Mitglied des Cabinets Dupuy sich entschlossen, dem „Figaro“ die ganzen Verhöre zu übergeben. Ein einiges gerüchtiges Vorgehen gegen dieses Mitglied sei nicht zu erwarten, weil dadurch das Kabinett Dupuy leicht gefährdet werden könnte.

In schweren Nöthen ist übrigens die Generalstabspartei durch die Veröffentlichungen des „Figaro“ getroffen. Sie sucht jetzt einen Ausweg, um der unvermeidlichen Blame zu entkommen, welche eine Revision des Dreyfusprozesses für sie bringt würde. Jetzt wird der Vorwurf gemacht, einer der Geschworenen des Kriegsgerichts von 1894, welches Dreyfus verurteilte, solle das Geständnis ablegen, es sei ihm ein geheimes Schriftstück vorgelegt worden. Auf Grund eines solchen offiziellen Geständnisses sei das Verfahren ungültig und das Urteil verfehlt der einfachen Annulierung. Die Revision aber wäre dann gegenstandslos. Somit ist man allein in der Lage, Neuburgs meinen wir, ein Verfahren dieser Art liege vor einem Teilnehmer am Urteil bereit vor. Hauptmann Hirschbauer hat sich davon gesichert. Man wolle ihn erst publizistisch freinigen und kommt nun noch dazu, sein Verkündigung als letzten Reitungs weg zu preisen. Aber im Interesse Frankreichs und aller menschlichen Gerechtigkeit muß eine volle und gründliche Aufklärung gefordert, um der Sache aufzuhören werden.

Etwas aber geschehen wird, was nach all dem Vorhergesagten mehr wie zweifelhaft erscheint.

### Aus England.

Die Petersburger Behörden haben die Berg-, Dorf- und Handelsgenossenschaften gebeten. Gegen 40 Studenten der Hochschule wurden verhaftet, denn sie führten den ganzen Vorstand des Studentenkollektivs, die Räte der Landesschaften wurde befragt. Hinsichtlich dessen, daß die Studenten „revolutionäre“ Ideen verbreiten, und nicht festgestellt, jedoch ein Hauptteil der Bewegung der Jugend in liberalen Städten (aber darum der Sache!) Die meisten Studenten der Petersburger Hochschule tragen ein Gerät zur Weiterausnahme ein. Es heißt, daß gegen 1800 Studenten hier nicht mehr zugehen würden und daß für die Jahre an der Petersburger Hochschule vorsichtig kein Betrieb geschehen wird.

Die Studentenversammlungen zeigen nach neueren Stimmen einen „revolutionären Charakter“. Bislang sind 2000 Studenten verhaftet. Die Regierung trifft natürlich entsprechende Maßnahmen zur Unterdrückung der Versammlungen.

Der Generalstaatsanwalt von Standort, Sobrikow, bei der Generalstaatsanwaltschaft verhinderte einen Verzug erfordert, weil es so viele verhindern können, die Entwicklung der Unterdrückten vor der Presse an den Kaiser zu verhindern oder nicht einmal gewußt haben, daß im ganzen Lande für die Presse cogiti wurde, „was die Bevölkerung darf bearbeiten hat“.

General Sobrikow hat sich ergeben an den ausländischen Senat gewandt, um ihn zu erzählen, daß Gott darüber aufgeklärt, daß es das bekannte historische Dokument sehr schämt habe, dass man seine Beweise nicht berücksichtigt, damit die Entwicklung des Geschichtsbuchs zu verhindern. Der Generalstaatsanwalt fordert, der Senat werde dies in dieser Art und Weise befehlisch tun. Die erste Erwähnung des Sozialismus ist bestrebt, die Entwicklung der Presse zu unterdrücken. Der Senat hat es jedoch, wie der „Kommunistische Zeitung“ aus Erfurt geschrieben wird, abgelehnt, die historische Dokumente und entsprechende Geschichtsergebnisse zu verbieten.

Es wird jetzt in Standort und über Zeitung der Pressegefängnis verfügt, und gegen viele Freiheit verboten über zu gelangen in festgelegtem Grenze in die Hände des Untersuchers.

### Zu der Schiffsfrage.

Es liegt die Erwaltung einer Obersteuerkasse, die es Ort und Stelle die Steuerkasse zuordnen soll für Nutzung festzuhalten, auf, genauer, nämlich nach England dem beauftragten Beauftragten des Reichsgerichts gegenüber. Das Schiffsgericht hat den Beauftragten, daß eine Untersuchung zur Erledigung der Schiffsfrage eingestellt werde, eingerichtet, wogegen ich die

deutsche Regierung sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Mehrheitsbeschlüsse der Kommission bindend sein sollen. Der deutsche Vorschlag war ursprünglich davon ausgegangen, daß für Beschlüsse der Kommission Einstimmigkeit erforderlich sei. In dem Augenblick, daß die Kommission durch Majorität beschließen soll, dürfte der Keim zu neuen Wirren liegen.

### Die Versetzung Chinas.

Ein Petersburger Blatt bringt die ziemlich dunkle Meldung, daß Lord Beresford dem Vizekönig Tschaufitius in Ushang vier Millionen Pfund angeboten habe, um eine Armee von 200,000 Chinesen unter englischem Kommando zu organisieren. Dank dem deutschen Einfluß soll der Plan gescheitert sein. Marquis Sto habe einen geheimen Vertrag mit China geschlossen, wonach Japan die chinesische Armee ausbilden und dafür große Handelsvorrechte in China erhalten sollte. (?) Man erwartet die Entfernung sämtlicher europäischen Inspektoren. Mehrere hundert Chinesen sind in japanische Militärschulen abkommandiert.

### Partei-Angelegenheiten.

Genosse Wagner, der sich nach seiner Entlassung aus der Heilanstalt kurze Zeit bei seinen Verwandten in Lüttlingen aufhielt, hat jetzt wieder frankhafte Anfälle gehabt. Auf Antrag der Verwandten soll er in der Irrenzelle untergebracht werden sein.

Das sozialistische Volkshaus in Brüssel ist am 2. April glänzend eingeweiht worden. Eine außerordentlich imponante Kundgebung war die Straßenmanifestation der Arbeiterschaft, die ihre riesigen wohldisziplinierten Massen durch die Straßen der Stadt führte. Aus Frankreich waren eine Anzahl Vertreter der Partei, Jean Jaures, Gérault Richard, Descaze etc. erschienen. 60 Militärkorps und Sängerabteilungen belebten den Markt. 300 rothe Fahnen und Banner, zahllose Plakate mit sozialistischen Inschriften zogen in duntem Wechsel daher. Auf den Straßen, durch die sich der Zug bewegte, standen auf beiden Seiten lebhafte grüßend dichtgedrängt die Zuschauer; nach mäßiger Schätzung haben sich an der Manifestation 150,000 Personen beteiligt.

Im Volkshaus fand dann ein von über 3000 Genossen besuchtes Meeting statt, das vorzeitig verließ. Das war Brüssels sozialistisches Osterfest.

Das Brüsseler Kooperationsgenossenschaft, die Gründerin des Volkshauses, wurde 1884 mit einigen Hunderten Franken gegründet und verfügt jetzt über Grundbesitz im Werthe von fast 2 Millionen Franken. Ihre beiden Bäckereien erzeugen jährlich 10 Millionen Kilogramm Brot. Die Zahl der Mitglieder stieg von 2500 mit 1,260,000 Kilogr. Brotdurchbrauch auf 18,000 im Jahre 1898 mit 10 Millionen Kilogr. Brotdurchbrauch.

Das neue Volkshaus, ein Werk des Baumeisters Horta, liegt im Herzen der Stadt. Es hat Magazine, Bureau, Versammlungssäle, Bibliothek.

Ein Kongress der ungarischen Sozialdemokratie fand am 2. und 3. April in Budapest. Leider zeigte der Kongress ein Bild häßlicher persönlicher Fäuste, die schon am ersten Tage zu lebhaften tumulten führten. Der von 283 Abgeordneten aus 114 Orten befehlige Kongress sprach sich für das allgemeine geheime direkte und gleiche Wahlrecht und für die wirthschaftliche Selbstständigkeit Ungarns aus. Am zweiten Verhandlungstage erhob sich der Streit aufs neue und der tumult wurde schließlich so arg, daß der Kongress Mittags bald 12 Uhr polizeilich aufgelöst wurde. Gestern erfaßten die aufgeriegelten Menschen zum Bewußtsein ihrer Thorheit.

Eine Deputation des Parteitag-Präsidiums begab sich sofort zum Ober-Stadthauptmann, um die Zurückziehung der Auflösung anzufordern. Der Ober-Stadthauptmann antwortete ablehnend, bestreite jedoch, daß der für den nächsten Tag anberaumte Feldarbeiter- und Kleinbauern-Kongress ungehindert tagen könne.

Die Wahl der Parteileitung muß nun briefflich vorgenommen werden.

### Arbeiterbewegung.

Die Generalversammlung des deutschen Bedarfsarbeiter-Verbandes, die die vorläufige Tagung in Halberstadt stattfand, hat die Einführung der Arbeitslosen-Hilfsförderung mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Maurer in Blankenburg a. S. stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Lohn von 35 Pf. pro Stunde; für Jungejessel 30 Pf., zehntägige Arbeitszeit, achtstündige Lohnsättigung und einen Aufschlag von 5 Pf. für Überstunden. Bis jetzt wurde gezahlt 25–30 Pf. Die schon längere Zeit eingeführte zehntägige Arbeitszeit wurde vielfach von fremden Arbeitern durchbrochen. Verhandlungen schwelen.

Zum Schiedsgericht in Leipzig. In einer Dienstag-Sitzung abgeholten Versammlung wurde bekannt, daß der Urteilserbringung geplagt ist. Die Firma Ph. Ungeheiß hat die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Die Versammlung beschloß, so lange im Auslande zu bejarren, bis die Forderungen in allen Seidenfabriken durchgesetzt sind.

Die Weber in Blankenburg a. S. stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Lohn von 35 Pf. pro Stunde; für Jungejessel 30 Pf., zehntägige Arbeitszeit, achtstündige Lohnsättigung und einen Aufschlag von 5 Pf. für Überstunden. Bis jetzt wurde gezahlt 25–30 Pf. Die schon längere Zeit eingeführte zehntägige Arbeitszeit wurde vielfach von fremden Arbeitern durchbrochen.

Der Ausland in der Reibzeug-Fabrik Karl Stett Söhne & Comp. in Nürnberg wurde zu Gunsten der Arbeiter beauftragt.

Dachdeckerkreis. In Nürnberg haben 60 Dachdecker die Arbeit niedergelegt, da mit den Unternehmern keine friedliche Einigung erzielt werden konnte.

### Aus aller Welt.

**Schiffuntergang.** Beim Verlassen des Hafens von Gureia in Kalifornien ist der Dampfer „Gilia“ untergegangen. Von den 600 Besatzungsmitgliedern 14 Mann Besatzung und 5 Passagieren sind 11 entflohen.

**Zum Untergang der „Stella“.** Bezuglich der Katastrophen der „Stella“ wird eine eingehende amtliche Untersuchung eingeleitet. Die Zahl der Toten ist jetzt amtlich auf 76 gestiegen; gerettet wurden 106 Personen. Die Leichen der Getöteten, die in den Booten während 16 Stunden umhertrieben müssen, waren entstellt. Mehrere Passagiere starben in den Booten vor Erfrischung. Die Leichen mussten vor den Augen der Angehörigen über Bord geworfen werden, da die Fischer das Umbeschleunigen der Toten in dem mit Wasser gefüllten Boot nicht ansehen wollten.

**Zwei auf dem Bahntörver spiende Kinder** des Babenberger Kreises wurden am Montag auf der Bahnstrecke Eisenberg-Eisenstadt durch eine in der Richtung von Eisenberg kommende Lokomotive geflügelt. Die Kinder standen im Alter von 7 Jahren.

**Falkland.** Zur Leichenkasse des Kommunalfriedhofes zu Falkland wurde am Ostermontag ein 13jähriges Mädchen bestattet; dann wurde ihm der Hals durchschnitten. Der Thäter ist unbekannt.

**Ein jugendlicher Nordbrenner.** Ein fünfzehnjähriger Deutsche, Hermann Jelling Toller, den man im Straßenlauf bestohlen, ist gestorben, daß er sehr Brande angelegt hat. Die Polizei ist der Meinung, daß sie wenigstens vierzig Brandstiftungen auf Tag zu 5 Minuten geübt haben lassen, darunter auch die welche in

der Wohnung der Eltern dieses jugendlichen Verbrechers vorgefallen ist und bei welcher Schadensfeuer, wie in vielen anderen Fällen, schwere Verlebungen der Getreuen und von Mannschaften der Feuerwehr entstanden. Auch glaubt man, daß bei einer Feuersbrunst Menschenleben zu verloren sind.

**Ausschreitungen in einer Kirche.** Nach einem alten Brauch wird in der ungarischen 16,000 Einwohner zählenden Ortschaft Tolnau, deren Einwohner zur Hälfte Deutsche, zur anderen Hälfte Ungar sind, in der Kirche abwechselnd ungarisch und deutsch gepredigt. Am Karfreitag machte der neue Pfarrer eine Ausschreitung. Früh 8 Uhr sang der Kantor ungarisch, hierauf bestieg der Kaplan die Kanzel und sagte auf ungarisch: „Gelobt sei Jesus Christus!“ und begann die Predigt. Die anwesenden zwei bis dreihundert deutschen Männer, Frauen und Kinder verließen mit ärgerlichem Gesicht und mit Fäusten die Kirche. Der Pfarrer und Kaplan verließen darauf die Kirche. Die Menge nahm eine drohende Haltung ein und wollte mit Steinen werfen. Dem Pfarrer wurden Schimpfwörter gefasst. Eine andere Gruppe ging in die Kirche zurück, nahm das Kreuz und zog ohne Geistlichen zur Calvarie. Die Hauptrolle spielten Frauen, welche fortwährend schrieen. Die Sache wird vor Gericht weiter verfolgt werden, da der Pfarrer Anzeige eingebracht hat.

## Provinzial-Parteitag in Görlitz.

(Fortsetzung.)

Um 7 Uhr Abends werden die Verhandlungen wieder aufgenommen und die Debatte über den zweiten Punkt fortgeleget.

**H e y m a n n - Breslau:** Seit 10 Jahren doltern wir an den Agitationskommissionen herum. Es ist mit ihnen ein eigenes Ding. Die Bezirkvertrauensleute haben gar nicht die Pflicht, hier Bericht zu erstatten; wenn das der Fall sein soll, dann müssen auf den Parteitagen auch die Bezirkvertrauensleute gewählt werden. Ich habe Ihnen wenig zu sagen als Bezirkvertrauensmann; einige Correspondenzen und die Erinnerung einer Versammlung in Oels, das ist alles, was ich machen konnte. Die Bezirkvertrauensleute sind Könige ohne Reich, die nichts machen können.

**N i c h o l a s - Görlitz:** Räthen dürfen wir zum einmal nicht, denn es ist keinem Organisationsformen sich nicht bewährt haben. Man muß eben mehr von den realen Thatsachen lernen. Durch die Provinz-Organisation ist die allgemeine zurückgedrängt. Die Kreisvertrauensleute müssen aber wieder zu Geltung kommen. gerade bei vorsichtig abgefaßten Flugblättern kann man fruchtbringende Arbeit verrichten. Görlitz hat keine trüben Erfahrungen bei der Flugblattverbreitung gemacht.

**F i a n n e - Reichenbach** glaubt, daß einzelne Wahlkreise immer nur für sich selbst bedacht sind und deshalb die weniger in Betracht kommenden Kreise vergessen. Redner hält eine Rentaufgabe in der Provinz für nothwendig. Der Volksfahnder ist ihm auch noch zu wenig, das Land muß noch mehr berücksichtigt werden. Der Kalender wird auch aktionslos bei Seite geworfen. (Widerspruch.) Wahlkreisvereine kann nicht die Provinz gründen, das müssen die Kreisvereine in den Wahlkreisen machen.

**B r u n n - Breslau** stellt Schlusshandlung. Der Antrag wird angenommen.

**K ü h n - Langenbielau** bemerkt in seinem Schlussspiel, daß es keine Aufforderung gelangt ist, gelegentlich der Stichwahl in Waldenburg zu reden. Im Weiteren führt Redner aus, daß er nicht darauf hofft, daß der Antrag von Langenbielau angenommen wird. Sollte der Antrag abgelehnt werden, dann bleibt es bei den drei Bezirkvertrauensleuten, aber es müßte dann ein Bericht bezeichnet werden, von dem aus Agitationskarten gereicht werden. Wie lag es bloß daran, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß in unserer Provinz etwas mehr geschehen muß.

Der Antrag betr. Einziehung eines Zentral-Komitees, die Agitation in Schlesien zu regeln und zu leiten hat, wird angenommen; ebenso der Zusatz-Antrag von Lützauer, daß dieses Komitee dem sozialdemokratischen Parteitag Schlesiens Bericht erstatte hat.

Über die Zusammenfassung des Zentral-Komitees und seinen Zusatz entsteht eine Spezialdebatte.

**K r ä z i g - Landeshut** erklärt sich gegen die Vertheilung der Abgeordneten auf verschiedene Kreise. **A r t - Hirschberg** schließt sich an.

Dr. Winter-Königshütte kann den unabhängigen Standpunkt der Oberpfälzer nicht aufgeben trotz des Zentral-Wahlkreises. **M o b r i n g - Liegnitz** ist für die Vertheilung auf verschiedene Kreise, sonst sei eine ruhbringende Arbeit nicht möglich.

Der Antrag, wonach das Zentral-Komitee aus 5 Personen bestehen soll, wird angenommen, als Sitz derselben Breslau kommt.

Zur Annahme gelangt ferner der Antrag Striegau betr. Gründung von Wahlkreisvereinen auf dem Lande, dessen Antrag Haynau, welcher die Herausgabe von Agitationskalendern verlangt; der Antrag Liegnitz in Sachen der Agitationskalender wird abgelehnt.

Der Antrag Posen wird in folgender Fassung angenommen:

Der Parteitag beschließt, es ist dringend wünschenswert, daß die Provinz Posen sich in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht von der Provinz Schlesien trennt und für sich einen eigenen Agitationsbezirk bildet.

Der Flugblatt-Antrag von Kräzig-Landeshut wird angenommen.

Die Agitationskalender sollen nach dem Wunsche des Parteitags zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

**B r u n n - Breslau** betont im Anschluß, daß die einzelnen Kreise zur Beitragleistung verpflichtet müssen, wenn nicht der Flugblatt in Sachen der Volksfahnder ein todgeborenes Kind soll.

Nach einer kurzen persönlichen Debatte zwischen **R ü h n - Langenbielau** und **M i c h a e l s - Waldenburg** kommt zur Verhandlung Punkt 3 der Tagesordnung:

**Unsere Presse,** welches folgende Berichte seitens der „Volkswacht“ und des „Proletariers“ vorliegen:

**Der Bericht der Redaktion der „Volkswacht“** lautet: „Zu den ganz seltenen sozialdemokratischen Blättern Deutschlands, die von Verfolgungen und Verurtheilungen in älteren Zeitabschnitten wenig oder garnicht berichten können, gehört das Breslauer sozialdemokratische Presbogen leider nicht. Auch der sehr große Voricht, welche die Redaktion der „Volkswacht“ vorausgesetzt wählen ließ, konnte es nicht verhindern, daß auch in diesem abgelaufenen Zeitabschnitt vom Provinzialparteitag in Langenbielau, Jun 1897, bis zum gegenwärtig tagenden Provinzialtag, also in etwa zwei Jahren, eine ganze Reihe von Prozessen gegen unser Blatt angestrengt wurden. Immerhin war die dieser Prozesse erheblich kleiner, wie die Zahl solcher Prozesse den vorhergegangenen zwei Jahren. Während von 1895 bis 1897 weniger wie 81 Prozesse gegen die „Volkswacht“ geführt wurden, von welchen 46 mit Verurtheilung und Freiheitsstrafe endeten, betrug die Zahl der Prozesse von 1897 bis jetzt nur 33, von welchen 18 mit Verurtheilung und 12 mit Freisprechung endeten, während drei jetzt noch der Erledigung harrten. Die Höhe der Strafen war eben recht niedrig, weil bedeutender, wie in den vorhergegangenen Jahren, nämlich während jene 46 Verurtheilungen im ganzen Jahr 7 Monat und 3 Wochen Gefängnis und 2375 Mark Strafe ergaben, brauchten die nur 18 Verurtheilungen im letzten zwei Jahren: 11 Monate Gefängnis, 4 Wochen und rund 1300 Mark Geldstrafe. Daraus läuft dann wieder eine beträchtliche Summe von Strafkosten, Verhandlungskosten und Unterstützungszeiter für die Familien der verurteilten getragen. Die Gerichtsosten werden neuerdings von

den berurtheilten Redakteuren der „Volkswacht“ mit ungewöhnlicher Höchst eingezehrt; man bezahlt sich nicht einmal mit wiederholten Entschuldigungen, sondern treibt die Berurtheilten sogar bis zum Offenbarungszeit.

Die bekannte Preisliste des Staatsanwalts, zur Siedlung von Strafanträgen gegen sozialdemokratische Redakteure durch Überredung von Klienten des beirrt sozialdemokratischen Rates an vermeintlich beleidigte Personen und durch direkte Aufforderungen zur Siedlung des Strafantrags anzusehen, ist bei der Breslauer Staatsanwaltschaft besonders ausgebildet. Diese Preisliste hat den Staatsanwalt freilich schon manche Zurückweisung von Seiten Berufungsgerichts eingetragen, deren Höhe angeblich verlegt sein sollte, andererseits aber doch auch eine ganze Anzahl Prozesse gegen die „Volkswacht“ herbeiführte, die, wenn sie in manchen Fällen auch zur Freisprechung führten, doch nicht nur viel Arbeit und Aufreizung für die Redakteure, sondern auch große Kosten verursachten, die bekanntlich nur in den allerfeinsten Fällen die Kosten der Vertheidigung auf die Staatskasse übernommen werden. So hat die Freisprechungen für die zu Unrecht erhobene Anklage außer allen möglichen Schmerzen als „Strafe“ immer noch ganz erledigte Summen zu zahlen, die um so schwerer ausfallen, wenn der Staatsanwalt die Sache durch mehrere Instanzen treibt, wie das bei Freisprechungen unserer Redakteure gewöhnlich der Fall ist.

Die Behandlung der im Gefängnis befindlichen Redakteure ist durchaus hart und unterscheidet sich kaum von der Behandlung, wie sie gewöhnliche Verbrecher zu Theil wird. Straflinge, schlechte Gefangen, schlechte Gefangen und das volle Pensum Gefangenarbeit, daneben Veroreihaltung einer Zeitung und ganz ungünstigere andere Vorfälle, in diesen Dingen charakterisiert sich das Leben unserer Redakteure im Gefängnis. Das die Redaktion der „Volkswacht“ sich durch diese Verhältnisse nicht beirren lassen wird in der Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben für unsere gemeinsame große Sache, das ist nach wie vor ihre schneidige Waffe im Kampfe für die Interessen des arbeitenden Volkes führen wird, bedarf einer besonderen Sicherung nicht.

Ganz besonders schwere, aufreibende Arbeit brachten die Wahlen des Jahres 1898, insbesondere die Reichstagswahlen, der Redaktion des Blattes und zwar um so aufreibender, als einer der Redakteure während der ganzen Zeit der Wahlagitierung im Gefängnis war und die verhängnissvolle Arbeitslast daher von zwei Personen getragen werden mußte. Galt es dabei doch besonders, das Blatt möglichst von der ersten bis zur letzten Zeile zu einem wirksamen Wahlagitationmittel zu machen und damit einen möglichst ausreichenden Erfolg für die in Folge des Losmangels vielfach ganz auffallende Versammlungsklagung zu schaffen. Neben dieser schweren Aufgabe galt es eine Unzahl anderer zu erfüllen, wie sie die Abschaffung zahlreicher Wahlflugblätter, die unzählige Agitation und die Vertheidigung an den Organisationsarbeiten mit sich bringen. Die Redaktion der „Volkswacht“ darf wohl, ohne unbedeckt zu erscheinen, hier aussprechen, daß das Blatt in jener Kampfszene und arbeitsreichen Zeit seinen Platz gestanden und ein gut Theil beigetragen hat zu den mancherlei erfreulichen und eindrucksvollen Erfolgen, die der Partei aus den Wahlen des Jahres 1898 erwachsen sind.

Gewiß hat die politisch bewegte Zeit des vergangenen Jahres fördernd auch auf den Abonnenterstand des Blattes eingewirkt, keineswegs aber in einem solchen Maße, wie das verdient und wie das notwendig gewesen wäre. Die alte Klage über die Gleichgültigkeit weiter Kreise der Arbeiter, die ihrer Gesinnung nach längst zu uns gehörten, sich aber trotzdem nicht aus den Banden einer leichten, angeblich partailalen, in Wahrheit aber ausgeschalteten arbeiterfeindlichen Presse losmachen können, muß hier aufs Neue erhoben werden. Trotz der längsten Beschimpfungen sozialdemokratischer Bestrebungen seitens der Presse vom Schlagzeug des „General-Anzeiger“ hielten und halten selbst viele ausgebrochene Genossen dieses Blätter weiter, aus Gründen, die ein Sozialdemokrat nie und niemals als berechtigt anerkennen kann. Welch gewaltige, schneidige Waffe im Kampfe um die heiligen Interessen des Volkes die Arbeiterfeinde ist, das haben klar und überzeugend doch wieder die jüngsten Reichstagswahlen bewiesen, das beweisen jeden Tag hundert kleinere Ereignisse aufs Neue. Es bleibt daher die allerwichtigste Aufgabe der Parteigenossen allorts, immer erneut und immer energischer für die weiteste Verbreitung der Arbeiterpresse zu sorgen, soll unseren Bestrebungen baldiger und voller Erfolg wünschen.“

**Der Verwaltungsbericht der „Volkswacht“** pro 1897 verzeichnet an Einnahmen für Justizare, Bücher, Broschüren und an Abonnementsgeldern rund 68.000 Mk. für den Preßkondsens gingen 68.49 Mk. (1) ein, die „Volkswacht“ brauchte einen Zufluss von 3000 Mk. für Strafen, Kosten und Unterhaltung müssen 4219.43 Mk. ausgegeben werden. 1898 brachten Justizare, Abonnement und Buchhandel ca. 74.000 Mk. ein. Zufluss brauchte das Blatt nicht mehr. Für Strafen, Kosten und Unterhaltung wurden 2491.70 Mk. ausgegeben. Die finanzielle Lage der „Volkswacht“ ist in einer merklichen Besserung begriffen, ihr Überfluß betrug im Jahre 1898 rund 3030.75 Mk.

**Der Verwaltungsbericht des „Proletarier“** ist ebenfalls ein günstiger. Vom Jahre 1896 bis 1898 ergabte der „Proletarier“ einen Gewinn von rund 8000 Mk. 1897 brachten Abonnementen und Justizare rund 25.000, 1898 rund 28.000 Mk. Der „Proletarier“ hat gegenwärtig eine Auflage von 7150 Exemplaren. Nur um ein Geringes ist er seit der vorjährigen Reichstagswahl in der Verbreitung zurückgegangen und zwar fast nur in der Gegend von Görlitz und Umgegend; hier erscheint nämlich seit kurzem drei Mal wöchentlich die „Görlitzer Volkszeitung“, die sich über Gewerken gut eingespielt hat. (Schluß folgt.)

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 6. April 1899.

### Für die Dresdener Buchhändler

gingen bei uns ein: Von den organisierten Zigarrensortimern und Sortiererinnen, Kistenmachern und Kistenmacherinnen 12.75 Mk., durch Manasse (53) 2 35 Mk., von zwei Verkäufern 1.25 Mk., von den Eisgläsern bei Witschel (71) 1.80 Mark mit den bereits quittierten 2189.50 Mark, **2217.65 Mk.**

### Die Zimmergesellen Breslaus

hielten gestern Abend im Volksgarten eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Kameraden Hansel und Schmidt über den Bericht des Bauarbeiter-Schutz-Vereines in Berlin berichteten. Hierauf berichtete Kamerad Schmidt über die Lohnbewegung im vergangenen Jahre, wobei er an die vor Kurzem stattgefundenen Gründung des Bundes der Arbeitgeber in Baugewerbe erinnerte. Grade diese Thatsache beweise, daß die Organisationen der im Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer, schon seit Jahren den richtigen Weg wählten. Außerdem erläuterte Kamerad Hansel im Auftrage des Gesellenausschusses Bericht über die mit den Arbeitgebern geschlossenen Verhandlungen. In der am 5. Februar d. J. abgehaltenen Zimmerer-Versammlung wurde beschlossen, daß vom 1. April d. J. ab ein Stundenlohn von 45 Pf. und sechsstündige Arbeitszeit gefordert wird. Der Gesellenausschuss unterbreitete den Arbeitgebern in einem Schreiben diese Forderung, worauf der Vorstand der hiesigen Zimmerer-Fanfare antwortete, daß es demselben vorsätzlich nicht möglich sei, hierzu Stellung zu nehmen. Unterm 27. März traf dann folgendes Schreiben ein:

„An den Gesellen-Ausschuss der Zimmerer-Fanfare zu Breslau  
z. H. des Zimmerherrn Grete Carl Hirsch.“

In der kürzlich stattgehabten Hauptversammlung des Bundes der Arbeitgeber für das Zimmergewerbe zu Breslau sind die gegenwärtig hierbei bestehenden Lohn- und Arbeitsvorschriften einer Besprechung unterzogen worden.

Es wurde hierbei festgestellt, daß in Folge des diesjährigen Winters sowohl die vorliegende drinige Arbeit keine fertig gestellt ist, als auch die vorhandenen Regelvorschriften fast völlig aufgearbeitet sind. Bis Januar der bevorstehenden Bausaison werden daher die Verhältnisse genauso liegen wie im vorjährigen Jahre, so daß zunächst ein Plan an in Angriff zu nehmen ist.

Nichts desto weniger werden die Arbeitgeber nach wie vor von denselben Wunsch geleitet, ihrerseits dazu beizutragen, daß die Lebensbedingungen der Gesellen fast sich schriftweise verbessern.

Aus diesen Gewagungen heraus wurde beschlossen, in der Vorausezung, daß dieses freiwillige Entgegenkommen des Arbeitgebers die Anerkennung der Gesellen nicht bestreiten wird, die Mutterbedingungen herauszulegen, daß die Arbeitgeber für das Anerkennen der Gesellenhaft sich schriftweise erzielt wird.

1. von Pfingsten d. J. ab in Breslau statt der täglich 10½ stündige Arbeitszeit die 10 stündige einzuführen;
2. von demselben Zeitpunkte ab das Stundenlohn für Zimmergesellen auf 0.48 Mk. festzusetzen.

Indem wir dem Gesellenausschuss von diesem Beschuß Mitteilung machen, behalten wir uns vor, denselben auch durch Veröffentlichung in den Tagesblättern zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

**Wichtungsvoll**  
**R. K o l b e , Vorsteher.**

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern ausführlich, daß für dieses Jahr das Anerkennen der Arbeitgeber vorläufig angenommen werden solle; für nächstes Jahr müsse jedoch an dem Stundenlohn von 45 Pf. unbedingt festgehalten werden. Es wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die heut im Volksgarten versammelten Zimmergesellen von Breslau sind davon überzeugt, daß es durch gegenseitige Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur möglich sein wird, ein gegenesene Unternehmen zwischen beiden zu erzielen. Wiewohl die Bedingungen von Seiten der Arbeitgeber unserer Forderungen nicht vollständig entsprechen, erklärt die heutige Versammlung mit denselben bis auf Weiteres einverstanden, in der Erwartung, daß die Arbeitgeber für nächstes Jahr unseren bescheidenen Forderungen, d. h. dem Rest derselben, genügte Beachtung schenken möchten.“

Im Weiteren wird der Gesellenausschuss beauftragt, die Verhandlungen dahin zu erweitern, ob es nicht möglich wäre, im Sommer während der langen Arbeitszeit von zehn Stunden allsonnabendlich eine halbe Stunde und an den drei hohen Feiertagen eine Stunde früher Feierabend zu geben ohne Vornahme.“

Anschließend hieran wurde noch darüber verhandelt, ob die Mittagspause auf 1 oder 1½ Stunden festgesetzt werden sollte. Der Gesellenausschuss wurde beauftragt, über diese Frage mit den Maurern und Bauarbeitern zu verhandeln. Nachdem noch Kamerad Schmidt zum Beitreten zur Organisation aufgefordert hatte, weil es durch sie allein möglich ist, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern und die errungenen Vortheile dauernd zu erhalten, schloß der Vorsteher, Kamerad Wutke, die von etwa 450 Zimmergesellen besuchte Versammlung.

\* **Bureaucraties von der Post.** Die seit dem 1. Januar eingesetzten Befreiungspostanweisungsformulare werden dem „Oberschl. Tgl.“ zufolge, von den Vandbriefträgern bis jetzt immer noch nicht geführt, weil, wie sie erläutert, von der Oberpostdirektion darüber keine Befreiung erlassen worden sei. Wenn also jemand vom Lande einen Betrag bis 5 Mk. mit der Post befördern will, der muß sich nach der entsprechenden Postposition begeben oder ein Postanweisungsformular für 20 Pf. benötigen.

\* **Mord.** Mittwoch Abend ist, wie gemeldet wird, auf der Verlängerter Uferstraße ein junges Mädchen von seinem Liebhaber erschossen worden.

Das 18 Jahre alte Mädchen, Martha Nagel, welches Schulgasse 8a wohnt, unterhielt mit einem Maler Hermann Klein ein Liebesverhältnis, welches in letzter Zeit gelockert worden war. Der Liebhaber lauerte gestern Abend dem Mädchen in der Nähe der Villa Josephsburg auf und schaute es mit einem Revolver nieder. Klein ist flüchtig. Er ist am 21. Januar 1876 zu Breslau geboren und zur Zeit obdachlos. Er ist mittelgroß und mit grauem Haar, dunkler Hose, schwarzer weicher Hut, ausgeschrittenen Weste, breitem rothen Gürtel (Turnergurt) bekleidet. Als Komplize ist verdeckt ein junger Mensch, Anfang der 20er Jahre, bekleidet mit langem, grauen Kaisermantel ohne Pelzkragen und schwarzer Filzhut.

Die Polizei erjuht, diese beiden Personen im Betretungs-falle sofort dem nächsten Schuhmann zu übergeben.

\* **Die rätselhafte Entführung eines Kindes** wurde Anfang März in hiesigen Zeitungen berichtet und dabei als der Tat verdächtig eine Frau aus Danziger bezeichnet. Jetzt ist die Betroffene auf der Haft entlassen und ihr die Enttheilung gemacht, daß das Verfahren wider sie eingestellt sei. Demnach hat sich auch der Verdacht des Betruges, der gegen dieselbe ausgesprochen war, als nicht zutreffend erwiesen.

\* **Betrug.** Am 1. d. Mts. Vormittags, erschien ein unbekannter Mann in

